

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Zeitung von KollegInnen für KollegInnen

Februar 2009

Nr. 8

Wir bezahlen nicht für Eure Krise

- saftige Lohnerhöhungen erstreiken
- am 28.3. in Frankfurt und Berlin demonstrieren
- am 16.5. in Berlin demonstrieren
- Bildungsstreik – Generalstreik

Ver.di ist Anfang Februar in Bereichen mit mindestens 2,5 Millionen Beschäftigten in Tarifauseinandersetzungen und außerhalb der Friedenspflicht: Landesbeschäftigte, Telekom, Banken, Uni Frankfurt, ÖPNV Hessen und Bayern, AWO in Nordrhein-Westfalen, ...

Wenn diese Kampfkraft gebündelt würde mit gemeinsamen Streiks, dann könnte eine ungeheuerere Kampfkraft entwickelt und die beschlossenen Forderungen durchgesetzt werden. Das ist bitter nötig. Die Reallohnverluste der Vergangenheit müssen endlich wettgemacht werden. Geld ist genug da. Die Landesbanken haben Milliarden aus den Landeskassen bekommen. Feuerwehrleute, Krankenschwestern, LehrerInnen und Verwaltungsangestellte sollen dafür mit Lohnverzicht bluten. Das kommt nicht in die Tüte.

„Wir bezahlen nicht für Eure Krise“ heißt das Motto für die von unten organisierten Großdemos am 28.3. in Frankfurt und Berlin. Und es ist auch das richtige Motto für die laufenden

Tarifrunden. Die beschlossenen Forderungen sind bereits der Kompromiss und sollten voll durchgesetzt werden. Dafür ist es notwendig die volle Kampfkraft in die Waagschale zu werfen. Statt verzettelte Streiks, sollte es gemeinsame Warnstreiks, Urabstimmung und einen gemeinsamen Vollstreik geben. Die verschiedenen Tarifrunden sollten miteinander koordiniert, d.h. gemeinsam gestreikt und demonstriert werden.

Das Erstreiken der gestellten Forderungen wäre der beste Auftakt für eine Steigerung des Widerstands gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung. Der nächste Schritt sind die bundesweiten Demonstrationen am 28.3. in Frankfurt und Berlin und die DGB-Demo am 16. Mai in Berlin. Schüler und Studierende planen einen Bildungsstreik in der Zeit vom 15. bis 17. Juni. Ver.di und GEW sollten alle Lehrer und Hochschulbeschäftigten (auch die verbeamteten) und Erzieherinnen mit dazu aufrufen. Das

Aus dem Inhalt

Zu den aktuellen Tarifrunden

Öffentlicher Dienst der

Länder 2-5

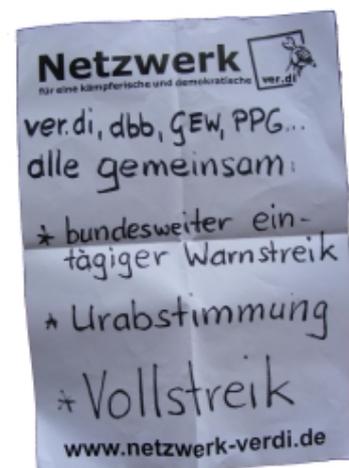
Telekom 6

ÖPNV 12

Beamtenstreikrecht durchsetzen! 8

Arbeitszeitverkürzung jetzt! 9

Zur Krankenhausfinanzierung 10



beste wäre, alle Belegschaften sich diesem Bildungsstreik und Gewerkschaften würden anschliessen und ihn so zu

einem eintägigen Generalstreik aller machen.

Saftige Lohnerhöhung erkämpfen

Nachbesserungen bei TVÖD/TvL

Arbeitszeit verkürzen statt verlängern

Die elementarste Aufgabe der Gewerkschaften besteht darin, die Konkurrenz der Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt durch kollektive Tarifverträge aufzuheben. Im öffentlichen Dienst gibt es inzwischen die historisch einmalige Situation, dass die Tarife des TVÖD/TV-L unterhalb des Marktpreises für Arbeitskräfte liegen. Die Folge: viele unbesetzte Stellen. Reinigungskräfte in Krankenhäusern werden in die Entgeltgruppe 1 eingruppiert und bekommen 27% weniger als früher nach BAT. Ein Ingenieur mit drei Kindern wird durch den Tarifvertrag Länder (TV-L) zum Hartz-IV-Aufstocker. Eine verheiratete Erzieherin mit einem Kind, die

ihr Leben lang als Erzieherin arbeitet, verliert über die Lebensarbeitszeit gerechnet gegenüber dem alten BAT 214.000 Euro. Wer sich auf einer anderen Stelle bewirbt, oder nach Kinderzeiten wieder in seinen Beruf zurückgeht, wird auf Berufsanfängerniveau abgestuft und verliert noch mehr. Für angestelltes LehrInnen gibt es keine tarifliche Eingruppierungsregelung. Da die ver.di-Führung den Abschluss von TVÖD und TV-L ihren Mitgliedern als Erfolg verkaufte und es für die Altbeschäftigten eine begrenzte Besitzstandswahrung gab, wurde das Ausmaß der Verschlechterungen für die Masse erst nach

und nach deutlich.

Bessere Eingruppierung

Doch inzwischen regt sich auch innerhalb der Gewerkschaften Unmut. Forderungen nach Korrekturen an TVÖD/TV-L werden immer lauter. Die im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ zusammengeschlossenen Kolleginnen und Kollegen haben von Anfang an TVÖD/TV-L abgelehnt und fordern seither Korrekturen nach oben. In NRW hat sich die „Initiative der angestellten Lehrerinnen und Lehrer“ gebildet, die innerhalb der GEW den Kampf darum führt, dass per Tarifvertrag eine Angleichung an die Nettogehälter der verbeamteten Kolleginnen, die Wiedereinführung von BAT-Regelungen (Kinderzuschläge, Bewahrungsaufstiege) und weitere Verbesserungen erfolgen. Die junge GEW Köln, die Teil der Lehrerini in NRW ist, hat sich mit einem Teil ihrer weitreichenden Positionen beim GEW-Gewerkschaftstag in NRW durchgesetzt. Die GEW-Tarifkommission hat die meisten Forderungen jedoch ignoriert. An Korrekturen am TV-L fordert ver.di nur die Verlängerung der Übergangsregelung (Besitzstand für

Nachbesserungen am TvÖD/TVL unverzichtbar

Die von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beschlossenen Forderungen sind bereits ein Kompromiss und müssen deshalb voll durchgesetzt werden, einschließlich der Wiedereinführung der Bewahrungsaufstiege für alle Beschäftigten. Wir sind der Meinung, dass die richtige Forderung für diese Tarifrunde 350 Euro mehr für alle und 150 Euro für Azubis wäre. Darüber hinaus halten wir den Kampf für folgende Forderungen für notwendig:

- *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Angleichung der Nettogehälter der Angestellten an die der Beamten*
- *Weg mit dem Leistungslohn, Abschaffung der Entgeltgruppe 1 (1.325 € Bruttomonatslohn), keine Herabstufung bei Stellenwechsel und Folge-Arbeitsverträgen, Fortführung bzw. Wiedereinführung der Bewährungs-/Zeitaufstiege, Vergütungsgruppen- und Kinderzulagen*
- *Übernahme der Entwicklungsstufe 6 der Entgeltgruppen 9 bis 15 des TvöD-Gemeinden*
- *Verlängerung des TV Altersteilzeit und garantierter Anspruch ab 55.*
- *Wiedereinführung des vollen 13. Monatsgehaltes als Weihnachtsgeld*
- *Statt Arbeitszeitverlängerung 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.*
- *Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden*
- *Laufzeit bis Ende 2009, um wieder gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen zu kämpfen.*



Altbeschäftigte), die GEW fordert die Wiedereinführung von Bewährungs- und Fallgruppenaufstiegen für alle Beschäftigten und die Anerkennung von Berufserfahrung bei Arbeitgeberwechsel. Gleichzeitig fordern GEW und ver.di für die beim Land und den Kommunen beschäftigten Erzieherinnen eine um drei Gruppen höhere Eingruppierung.

Arbeitszeit verkürzen statt verlängern

Es ist möglich, dass die Arbeitgeber nach den Arbeitszeitverlängerungen der letzten Jahre weitere Verschlechterungen in dieser Runde erreichen wollen. Die Landesbeschäftigten in Bayern arbeiten bereits 40 Stunden und 6 Minuten in der Woche. In den anderen Bundesländern gibt es Wochenarbeitszeiten zwischen 39 und um die 39 $\frac{3}{4}$ Stunden. Es könnte sich das gleiche Spiel wie in der Tarifrunde bei den Kommunen im letzten Jahr wiederholen. Das Thema wird mehr oder weniger aus der Tarifrunde herausgehalten. Aber am Ende steht eine unbezahlte Arbeitszeitverlängerung. Wenn

die Arbeitgeber das Fass Arbeitszeit aufmachen, müssen die Gewerkschaften offensiv die Forderung nach 35-StundenWoche auf den Tisch bringen und zum zusätzlichen Streikziel erklären. Es darf nicht sein, dass ausgerechnet in der Krise, wo es massenhaft zur Arbeitsplatzvernichtung in der Privatwirtschaft kommt, im öffentlichen Dienst durch Arbeitsplatzvernichtung weiterer Stellenabbau betrieben wird. Umgekehrt ist es enorm wichtig, dass Arbeitsplätze durch radikale Arbeitszeitverkürzung – bei vollem Lohn- und Personalausgleich – geschaffen werden. Es ist dringend notwendig, dass die Gewerkschaften in der Frage Arbeitszeitverkürzung wieder in die Offensive kommen.

Kampfkraft der Landesbeschäftigten

Immer wieder werden die Landesbeschäftigten als kampfschwacher Bereich betrachtet. Die Gewerkschaftsbürokratie redet das den Beschäftigten regelrecht ein. Aber wenn bei der Feuerwehr, den Autobahnmeistereien und deren Winterdienst, den Finanzämtern, Re-

chenzentren des Landes gestreikt wird bewirkt das einen enormen Schaden. Wenn dazu noch die Beamten endlich zum Streik aufgerufen würden – was überfällig ist – dann wird der Staatsapparat handlungsunfähig. Im Unterschied zur Industrie können Landesämter nicht ins Ausland verlagert werden und leiden unter keiner Absatzkrise. Und in Zeiten, in denen der Staat mehrstellige Milliarden den Banken und der Privatwirtschaft hinterherwirft, verliert das Argument der leeren Kassen seine Wirkung. Der Unmut der Landesbeschäftigten ist enorm. Er muss genutzt werden für eine Umverteilungsoffensive. Aus dem Streik 2006 sollte die Lehre gezogen werden, diesmal von Anfang an den Streik unter die Kontrolle der Beschäftigten zu stellen. In Betrieben sollten Streikkomitees gebildet werden, die sich lokal, landes- und bundesweit vernetzen, um den Streik effektiv zu führen und um einen weiteren Ausverkauf durch die Gewerkschaftsspitze zu verhindern.

Die Krise ist schon lange da!

Erfahrungsbericht vom Arbeitsplatz Schule anlässlich der laufenden Tarifrunde für den öffentlichen Dienst (Beschäftigte der Länder).

Max Höhe, Köln

Donnerstag, 15. Januar 2009: Soeben ist die 6. Stunde zu Ende und wenn sie nicht in die Aufsicht müssen, trudeln die

ersten KollegInnen langsam zur Mittagspause im Lehrerzimmer ein. Mein Plan für die nächsten 45 Minuten nach der kleinen 15-minütigen Aufsicht und vor dem Nachmittagsunterricht ist es, gemeinsam mit der Kollegin, mit der zusammen ich eine Klasse leite (die Doppelbesetzung ist eine Errungenschaft der Gesamtschule), über einen Elternbrief zu sprechen. Darin wird uns

mitgeteilt, dass eine Schülerin von uns wohl deshalb in ihren schulischen Leistungen nachgelassen hat, weil auch ihre Mutter und ihr Vater im Schulalter schon mit Dyskalkulie (Matheschwäche) und Konzentrationsproblemen zu kämpfen hatten. Die Eltern öffnen sich uns und bitten um Unterstützung. Wir wollen also beraten, welche Fördermaßnahmen wir bereitzustellen in der Lage sind. Doch dann werde ich von einer anderen Kollegin gebeten, mit ihr zu kommen: „Kollegin XY ist total fertig!“, so die kurze Ansage.



Zeitmangel buchstäblich unerträglich, Belastung immens

Die Kollegin sitzt völlig aufgelöst an ihrem Platz und weint. Am Vortag war ihr der Antrag der Eltern einer ihrer SchülerInnen auf Wechsel in eine andere Klasse vorgelegt worden. Und vor wenigen Minuten kam von einer anderen Kollegin die Bemerkung, dass unser Schulsozialarbeiter besagte Eltern dahingehend auch beraten hätte. Das Gefühl von Versagen, des Hintergangenwerdens, mangelnden Vertrauens in die eigene Arbeit und Schuld lässt sie beinahe zusammenbrechen. Nur weil die Kollegin, die mich hinzugebeten hatte, an diesem Tag zufälliger Weise in Doppelbesetzung in einer AG eingesetzt ist, sich also außer der Reihe frei machen kann, eine dritte Kollegin ihren freien Nachmittag opfert, der Schulsozialarbeiter einen Beratungstermin platzen lässt und ich eine Referendarin bitten kann, statt mir den Nachmittagsunterricht zu übernehmen, aufgrund solidarischen Verhaltens aller Beteiligten also, ist es möglich, dass die Situation besprochen werden kann. Heraus kommt, dass keiner irgendwen hintergehen oder gar kränken wollte. Zu dieser unwürdigen Situation war es nur gekommen, weil es einfach keine Zeit gab, diesen konkreten Fall zu einem adäquaten Zeitpunkt zu kommunizieren. Und über die Schülerin, um die es dabei ja eigentlich geht, konnte (wieder) noch gar nicht gesprochen werden!

Welche Hoffnung in die Tarifrunde setzen?

Dieses Beispiel wiederholt sich so oder ähnlich permanent. Es herrscht fortwährender Mangel an Zeit, weil jede Schule mit Unterbesetzung zu kämpfen hat

(bei uns sind z.Zt. 4,5 Stellen á 25,5 Unterrichtsstunden nicht besetzt!) und die Klassen zu groß sind (wie viel Zeit bleibt für individuelle Förderung bei 45 Minuten Unterricht und mindestens 30 SchülerInnen?). Im November 2006, als der TV-L eingeführt und der BAT abgeschafft wurde, verschärfte

erkämpft wird (es geht um gut 30 Prozent Differenz!), dann wird es knallen. Die Schmerzgrenze ist erreicht, es brodelt.

Die Basis formiert sich!

Ein Gefühl davon, was an Widerstand und Gegenwehr noch kommen mag, gibt beispiels-



sich die Lage noch einmal. Seither erhalten neu eingestellte LehrerInnen im Angestelltenverhältnis in NRW nur noch gut 1.600 Euro netto Eingangsgehalt. Den verbeamteten KollegInnen wurde das Urlaubsgeld gestrichen, das Weihnachtsgeld gekürzt, die Stundenzahl erhöht etc. Ledige LehramtsanwärterInnen (27 Jahre) erhielten 2001 statt 60,89 (1981) nur noch 38,76 Prozent des Lehrereinstiegsgehaltes. 2008 erhielt einE ReferendarIn gut 980 Euro netto. Das Land Sachsen zum Beispiel unterbietet diesen Betrag noch um rund 200 Euro!

Die Gewerkschaften fordern jetzt 8 Prozent mehr Lohn für die Landesbeschäftigten. Wenn das nicht durchgesetzt wird und für die Angestellten in der erst noch durchzusetzenden Eingruppierungsrunde nicht wenigstens die Gleichstellung mit den verbeamteten KollegInnen

weise die *Initiative gegen die massiven Verschlechterungen für neu eingestellte LehrerInnen in NRW*: Von ReferendarInnen und der Kölner *jungeGEW* zwei Monate vor Inkrafttreten des TV-L gegründet, bringt sie landesweit die KollegInnen an der Basis zusammen. Das Bewusstsein für die gemeinsamen Belange wächst. In der Tarifrunde müssen wir dafür sorgen, dass alle zusammen kämpfen: BeamtInnen, Angestellte, öffentlicher Dienst *und* die KollegInnen in der freien Wirtschaft! Die Krise der (öffentlichen wie privaten) Arbeitgeber ist der Zusammenbruch ihrer Profite. Wir hingegen brauchen nichts anderes als angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen!

Weitere Informationen und Kontakt unter:

www.zukunftsberuf-lehrer-nrw.de

www.jungegew.de

7 Milliarden für Landesbeschäftigte - Unbezahlbar?

Nach Angaben der Tarifgemeinschaft der Länder kostet die von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes geforderte Lohnerhöhung für die ca. 2 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten 7 Milliarden Euro im Jahr.

Wir sehen kein Problem in dieser superreichen Gesellschaft 7 Milliarden Euro aufzutreiben. Hier einige Beispiele:

- Die 10 reichsten Deutschen hatten laut „Forbes“ im Jahr 2008 ein Vermögen von 98,5 Milliarden Euro. Mit einer Vermögenssteuer von nur 7% für diese Superreichen könnte die Lohnerhöhung für die Landesbeschäftigten finanziert werden.
- Die 800.000 Millionäre in Deutschland verfügen, inklusive Immobilien, durchschnittlich über 3,5 Millionen Euro (Quelle: ver.di-publik 10/2008). Selbst bei einem Freibetrag von einer Million würde eine zehnpromtente Millionärssteuer rund 200 Milliarden erbringen.
- Zumwinkel und Co. parken ihr Geldvermögen am Finanzamt vorbei in Steueroasen. Die deutsche Steuergewerkschaft schätzt den Verlust durch diese Steuerhinterziehung auf 30 Milliarden Euro im Jahr. Weniger als ein Drittel davon würde ausreichen, um die Lohnerhöhungen zu finanzieren.
- Durch sogenannte Karussellgeschäfte betreiben Unternehmer seit Jahren Umsatzsteuerbetrug in großem Stil. Allein im Jahr 2007 wurde der Schaden von den Behörden auf 14 Milliarden Euro geschätzt.
- Laut Berechnungen der Allianz ging das Geldvermögen in Deutschland durch die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 um 110 Milliarden zurück. Es betrug Ende 2008 aber immer noch 4,49 Billionen. Davon besitzt das reichste Zehntel der Bevölkerung fast zwei Drittel. Wenn mit einer Reichensteuer das obere Drittel dieses Vermögens abgeschöpft würde, wären Bund, Länder und Kommunen auf einen Schlag schuldenfrei. Zusätzlich würden 65 Milliarden Euro Zinsen, die die Banken jährlich an Zinsen für die Staatsverschuldung einsacken, eingespart. Damit könnte man nicht nur die Lohnerhöhung für die Landesbeschäftigten, sondern dringend notwendige Nachbesserungen am TvöD/TVL, Arbeitszeitverkürzung, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, Investitionen in Bildung und Krankenhäuser und vieles mehr finanzieren.

Wer wir sind und was wir wollen

Seit dem Sommer 1996 gibt es das Netzwerk von kritischen aktiven KollegInnen in der ötv, jetzt in ver.di. Viele Mitglieder sind aus Enttäuschung mit den Gewerkschaften in den letzten Jahren ausgetreten. Wir haben dafür Verständnis, halten es aber für den falschen Weg. Denn wir brauchen dringender denn je Gewerkschaften mit denen wir unsere Interessen gegen Unternehmer und Regierungen verteidigen können. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen Gewerkschaften zu dem werden, wofür sie gegründet wurden: zu Kampforganisationen der arbeitenden Klasse. Wir wollen Gegenwehr statt Co-Management. Wir wollen Kämpfe, mit denen wir auch gewinnen können. Wir müssen endlich dem Beispiel unserer französischen und

italienischen KollegInnen folgen und uns mit Massenstreiks und Generalstreiks zur Wehr setzen. Wir müssen in der Tarifpolitik einen radikalen Kurswechsel durchsetzen. Die Politik der Gewerkschaften muss von der Basis bestimmt werden und nicht von abgehobenen Vorständen. Wir brauchen Funktionäre, die die Interessen der Basis vertreten und nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn. Um das zu erreichen, müssen wir eine schlagkräftige inner-gewerkschaftliche Opposition aufbauen. Wir fordern alle kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, ver.d-Mitglieder und auch Nicht-mitglieder auf, mit uns dafür zu kämpfen. Nehmt Kontakt mit uns auf, lasst Euch in unseren Verteiler aufnehmen.

Kommt zu unserem bundesweiten Treffen am 10.10.2009 in Kassel

Telekom Tarifrunde 2009

„Es steht viel auf dem Spiel“, wenn man eine oft gebrauchte Floskel auf die aktuelle Tarifrunde bei der Deutschen Telekom AG und deren Service-Töchtern ummünzt.

Mitte 2006 fand mit sieben Wochen, der bis dahin längste Streik bei der Telekom statt. Damals wurden eine Unmenge an Erwartungen und Hoffnungen geweckt. Überrascht vom Unmut, aber auch vom Durchhaltevermögen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden nicht nur das Management in der Bonner Firmenzentrale, auch die Verdi-Oberen hatten alle Mühe ihre Truppen wieder einzufangen, schließlich kämpfte man für einen Tarifvertrag mit dem Namen „Auslagerungsschutz“.

Gemessen daran war der Erfolg bescheiden, rund 50.000 Beschäftigte wurde zu erheblich schlechteren Bedingungen in Tochtergesellschaften aus dem Konzern ausgegliedert, die Wochenarbeitszeit wurde um 4 Stunden erhöht, frei Tage gestrichen, und die Löhne und Gehälter um 6,5% gesenkt. Neben einigen kosmetischen Verbesserungen gegenüber der Arbeitgeberforderung, wie z. B. einem verlängerten Kündigungsschutz, Ausweitung der betrieblichen Weiterbildung,

wurde für die „Alt-„beschäftigten eine sog. „Rucksacklösung“ ausgehandelt. Die Gehaltsreduzierung wird demnach in drei Stufen zu je 2,17% erfolgen, die erstmals am 1. Januar 2009 wirksam wurde. Ein mehr im Geldbeutel der Servicekräfte ist also erst bei einem Abschluss über diesem Prozentsatz sichtbar.

Ursprünglich plante Verdi mit 8% in die Verhandlungen zu gehen, doch der Unmut unter den Gewerkschaftsmitgliedern machte dem Bundesfachbereich einen Strich durch die

ger bereits im Vorfeld anklingeln lassen, dass es keine Nullrunde geben wird, und die anstehende Gehaltskürzung kurzerhand ausgesetzt. Derzeit liegt ein Angebot von 5,5% für zwei Jahre, und ein um ein Jahr verlängerter Kündigungsschutz auf Ende 2010 vor. Für die Servicegesellschaften würde dies eine Lohnerhöhung um 1,16% in zwei Jahren, und einen scheinbaren Kündigungsschutz bis 2013 bedeuten.

Der Verdi Fachbereich 9 (TK IT) hat dazu in seiner letzten Info mitgeteilt: „Das lassen sich die



Rechnung. Landauf, Landab ergab die Tariffindung in den Bezirksfachbereichen und Betriebsgruppen, dass dies bei weitem nicht genug ist. Forderungen die durch die Bank sogar im zweistelligen Bereich lagen veranlassten auch die Bundestarifkommission ihrerseits trotz beginnender Finanzkrise mit leicht erhöhten 8,5% in die Verhandlungen zu gehen.

In großer Sorge, dass die anstehende Tarifrunde sich zu einem Selbstläufer für die inzwischen Streikerprobe Verdi-Basis entwickelt, hat das Telekom-Management durch seinen Personalvorstand Thomas Sattelber-

Beschäftigten nicht bieten. Die Arbeitgeberseite ist mit diesem Blendwerk meilenweit von einem fairen Angebot und einer schnellen Einigung entfernt. Das Angebot ignoriert die reale Lebenssituation der Beschäftigten und die besondere Notwendigkeit untere Einkommen und die Auszubildendenvergütungen stärker anzuheben!“

Wie wahr, gut gebrüllt Löwe, am Ergebnis wird sich letztendlich weisen, ob Verdi weiterhin in der Tradition der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) ---- DIE --- Betriebsgewerkschaft bei der Telekom ist. Es steht, wie eingangs bemerkt, viel auf dem Spiel.

magentat

Telekom
Jobkiller Nummer eins

Jahrlich durch die Konzernabgabe? ...

Betriebsblatt von KollegInnen für KollegInnen bei der Telekom

www.netzwerk-verdi.de/magentat

Deshalb ist es für Verdi geradezu eine Notwendigkeit in nächster Zeit seine Kampfkraft unter Beweis zu stellen. Es ist daher ein großer Fehler Warnstreiks nur Tröpfchenweise in einzelnen Regionen und einzelnen Unternehmensteilen zu führen. Die Kampfmaßnahmen in 2006 haben bewiesen, dass die Unternehmensführung nicht in der Lage ist, eine längere Streikphase einfach auszusitzen. Der Auftragsstau konnte erst nahezu ein halbes Jahr später komplett abgearbeitet werden. Durch die umgesetzten Ausgliederungsphantasien des Managements sind auch neue Chancen entstanden die es zu nutzen gilt. Neben den kundennahen Servicekräften sind inzwischen auch die vier Zentren voll streikberechtigt, darunter auch die „Zentrale Technik-Netz-Management“, welche im Regelfall den

bundesweiten und internationalen Datenverkehr bei Ausfällen blitzschnell umleiten kann. Nicht zu vergessen die verbeamteten Beschäftigten, die inzwischen in weiten Teilen nicht mehr dem Mutterkonzern verpflichtet sind und daher ebenfalls volle Streikberechtigung besitzen.

Nicht nur in der noch relativ stark organisierten Bastion Telekom muss Verdi zu alter Kampfkraft seiner Gründungsgewerkschaften zurückfinden, auch die Koordination innerhalb der Megagewerkschaft ist stark verbesserungswürdig. Die Aufsplitterung der Dienstleistungsgewerkschaft in 13 Fachbereiche, welcher jeder für sich denkt und handelt, hat sich zu einem lähmenden Apparat entwickelt, der trotz der enormen Mitgliederzahl von über 2 Millionen Werktätigen bislang

nicht in der Lage war sich entschlossen als Einheit nach außen zu präsentieren. Man muß sich nur einmal vorstellen dass neben den Bus-, U- und Straßenbahnfahrern auch andere Branchen ihren Tarifforderungen durch zeitgleiche Warnstreiks Nachdruck verliehen hätten. Und diese Branchen sind in einer Gewerkschaft wie es Verdi ist sehr vielfältig, Straßenwärter, die nicht zu Streudiensten ausrücken, Kliniken, die nur Nottfälle annehmen, Briefträger die keine Post zustellen, Techniker, die keine Telefonzugänge reparieren oder installieren, usw.! Allein durch eine bessere terminliche Zusammenarbeit unter den Fachbereichen könnte Verdi beinahe einen Generalstreik stattfinden lassen, wenn es denn ernsthaft gewollt wäre entscheidende Verbesserungen für die Mitglieder zu erzielen.

Entlassungen bei Kabel Deutschland!

Mit Beginn der Regulierung des Telekommunikationsmarktes Mitte der 90er Jahre entstand aus dem Breitbandkabelgeschäft der Deutschen Bundespost / Deutschen Telekom ein eigenständiger Kabelnetzbetreiber, die Kabel Deutschland GmbH (KDG). Inzwischen betreibt KDG bundesweit, mit Ausnahme Hessens, Baden-Württembergs und NRW's, ein Netz, das seinen Kunden nicht nur diverse Fernsehkanäle, sondern auch Internet- und Sprachtelefoniedienste anbietet. Seit Anfang 2006 ist man mehrheitlich im Besitz der Investmentgesellschaft „Providence Equity Partners“. Rund 3000 Beschäftigte der Telekom wurden damals in die neue Gesellschaft übernommen, für die neben z. B. Lohnsicherungen auch eine Rückkehrzusage bis 31.12.2008 vereinbart wurde.

Um u.a. den Renditevorstellungen des Hauptgesellschafters gerecht zu werden plant die

KDG aktuell unter dem verschleiernenden Projektnamen „Magellan“ den Bereich der sog. „Technical Operations“ (Kundenservice) komplett aus dem Unternehmen auszugliedern. Man hegt die Absicht die Arbeiten durch, in der Regel nicht tarifgebundene Elektrohandwerksbetriebe, Tiefbaufirmen und in die (Schein-)Selbständigkeit getriebene, ehemalige Mitarbeiter erledigen zu lassen. Zu den technischen Servicearbeiten zählen u.a. Installationsarbeiten beim Kunden, Montageleistungen am Erdkabelnetz, sowie der Aufbau und die Wartung elektronischer Komponenten zur Satellitensignaleinspeisung. Im Spätherbst letzten Jahres hat KDG dazu bundesweit über 300 betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen. In Erinnerung an ihre Rückkehrzusage, hofften nun die betroffenen Mitarbeiter auf eine Rückkehr in die Deutsche Telekom, doch weit gefehlt! Das dortige Management will sich

nicht an getroffenen Vereinbarungen halten, und hat die Wiedereinstellung abgelehnt.

Verdi hat angekündigt den Kolleginnen und Kollegen einen umfassenden Rechtsschutz zu gewähren, und es liegen bereits die ersten Klageschriften bei den Arbeitsgerichten vor. Verdi sollte sich allerdings um eine größere Solidarität mit den ehem. KDG-Beschäftigten bemühen und das Thema auch in die derzeitigen Tarifverhandlungen mit der Deutschen Telekom als Forderung nach sofortiger Wiedereinstellung mit aufnehmen.

Bundesweites Netzwerktreffen

**Samstag, den
10. Oktober 2009**

Kassel

Tagesordnung und nähere
Infos auf der homepage
www.netzwerk-verdi.de

Beamtenstreikrecht durchsetzen

Seit Jahren müssen die 1,6 Millionen verbeamtete Kollegen bei Bund, Länder und Kommunen dafür herhalten Schrittmacher in Sachen Arbeitszeitverlängerung zu sein. Bundesbeamte arbeiten seit zwei Jahren 41 Stunden in der Woche. In den einzelnen Bundesländern wurde die Arbeitszeit für die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen auf bis zu 42 Stunden erhöht. Seit Jahren werden Tariferhöhungen nicht mehr auf die Besoldungen übertragen. Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurden zusammengestrichen. Beamtinnen bei der Telekom und Post werden gemobbt, um sie in Frührente oder auf andere Stellen abzuschieben.

Der Unmut unter den BeamtInnen wächst. Seit 2002 hat es immer wieder Proteste gegeben. Es ist höchste Zeit BeamtInnen in Streiks einzubeziehen. Die Position, dass es ein Streikverbot gäbe, an das man sich halten müsse, muss aufgegeben werden.

Hätten die Gewerkschaften

Streikverbote immer akzeptiert, hätten sie nie streiken und sich nicht aufbauen können. Das Streikrecht wurde gegen bestehende Gesetze durchgesetzt. Und auch das Beamtenstreikrecht kann nur durchgesetzt werden, indem es sich die Gewerkschaften nehmen. Das haben Beamte auch schon mehrmals vorgemacht. So haben z.B. in

Hamburg bereits im Oktober 1988 10.000 Lehrer (2/3 der gesamten Lehrerschaft) gestreikt. Auch in Hessen haben verbeamtete Lehrer und andere Beamte bereits gestreikt. Zuletzt am „Tag der Verweigerung“ am 18.11.2003. Damals haben über 65.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Hessen, darunter 7.000 BeamtInnen die Arbeit niedergelegt und in Wiesbaden gemeinsam demonstriert. Auf einem Flugblatt der Gewerkschaft

„Es ist mittlerweile Usus geworden, dass die Arbeitgeber vor die Arbeitsgerichte ziehen und uns das Streikrecht absprechen wollen. Ein sehr schönes Beispiel in dieser Richtung ist das Verbot des Beamten-Streikrechts. Das Beamtenstreikrecht steht in keiner rechtlichen Vorschrift. Es basiert lediglich auf der herrschenden Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts, was unter anderen auch zu seiner Zeit der Deutsche Beamtenbund eingebracht hat. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1982 aufgefordert worden von der EU, das Beamtenrecht europäischen Maßstab anzugleichen. Der europäische Beamte hat das Streikrecht.“

Helmut Franz, Lebenszeitbeamter in Führungsposition auf dem ver.di-Kongress am 5.10.07, Quelle: Protokolle ver.di-Kongress 2007

der Polizei stand damals: „Die Politik traut sich fast alles, was trauen wir uns“. Von den 4.500 KollegInnen, die sich am Warnstreik der Landesbeschäftigten am 13.2.2009 in Bremen beteiligten waren 1.500 verbeamtete LehrerInnen. Und nicht zuletzt hat sogar der Europarat Deutschland mehrmals dafür kritisiert, dass die Einschränkung des Streikrechts nicht mit der „Europäischen Sozialcharta“ vereinbar sei.

Interview mit einer hessischen Lehrerin, die am 18.11.03 gestreikt hat

In Hessen haben am 18.11.03 mehrere tausend verbeamtete Lehrer einen Tag lang gestreikt. Warum?

Seit ich 1998 in den Schuldienst eingetreten bin, sind unsere Arbeitsbedingungen immer nur schlechter geworden: mehr Unterrichtsstunden, Abschaffung von Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, Einführung einer Untergrenze der Schülerzahl pro Klasse, damit einhergehend Klassenzusammenlegungen, d.h. mehr Korrekturen usw.

Hattest Du und Deine Kollegen Angst vor Diszipliniervmaßnahmen?

Nein. Aber das lag in erster Linie an unserer sehr liberalen Schulleitung.

Hatte der Streik irgendwelche arbeitsrechtlichen Konsequenzen?

Angeblich sollte es einen Eintrag in die Personalakte geben. Aber außer einer gewissen zu verschmerzenden Gehaltskürzung haben wir keinerlei Konsequenzen gespürt.

Würdest Du Dich nach der Erfahrung von 2003 nochmal an einem Streik beteiligen?

Klar. Im Moment gibt es genug Anlass im schulischen Bereich hier in Hessen. Es herrscht eine wahre Flut von Standardisierungsmaßnahmen, die alle nur ein Ziel haben: die Selektion. Das fängt an bei Aufnahmetests für Gymnasien, geht über regelmäßige Vergleichsarbeiten, die den ganzen Jahrgang betreffen, und mündet schließlich im Zentralabitur.

Hätten die Gewerkschaften ver.di und GEW den Kampf damals nicht steigern müssen zu einem mehrtägigen oder sogar unbefristeten Streik, um Koch in die Knie zu zwingen. Den großen Ankündigungen von der Fortsetzung des Kampf doch am Ende nichts gefolgt?

Stimmt. Eine einmalige Demonstration in Wiesbaden und einen Streiktag sitzt ja jeder Arbeitgeber locker aus. Um wirklich was zu erreichen, muss man so skrupellos vorgehen wie die Lokführer der GDL.



Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Zeit für eine Offensive.

Arbeiten bis zum Umfallen – diese Marschrichtung geben Arbeitgeber und Regierung vor. Rente mit 67, mehr Arbeitsdruck sowie die Verlängerung der tariflichen und tatsächlichen Arbeitszeiten steht auf ihrer Agenda. Die Folgen: Immer mehr Ältere scheiden frühzeitig – und mit gekürzter Rente – aus dem Arbeitsleben aus. Jugendlichen wird die Beschäftigungsperspektive genommen.

Unsere gewerkschaftliche Antwort lautet: Nein zu jeglicher Arbeitszeitverlängerung. Stattdessen: Arbeit umverteilen – durch eine deutliche Reduzierung der Wochen- und Lebensarbeitszeiten.

Raus aus der Defensive. Es reicht nicht Arbeitgeber-Forderungen nach unbezahlter Mehrarbeit zurückzuweisen oder einzugrenzen. Die mehrwöchigen Streiks 2006 in den Bundesländern haben gezeigt, dass die Beschäftigten in der Arbeitszeitfrage mobilisierbar sind. Eine kampflose Ausweitung der Arbeitszeiten oder als Verhandlungsmasse bei Tarifrunden dürfen wir nicht mehr akzeptieren. Längere Arbeitszeiten in Ostdeutschland und für Beamte und Beamtinnen werden nur genutzt, um die Beschäftigten unter Druck zu setzen und zu spalten.

Arbeitszeitverlängerung bedeutet vor allem beschleunigter Personalabbau. Die Beschäftigten haben mehr Stress, weniger Zeit für Familie, weniger Freizeit und geringere Möglichkeiten, sich gesellschaftlich zu engagieren. Wir treten dafür ein, gegen Arbeitszeitverlängerung zu mobilisieren und in Zukunft keinerlei Arbeitszeitverlängerungen mehr hinzunehmen.

Arbeitszeitverkürzung muss auf die Tagesordnung. Die Vernichtung Tausender Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst und in weiten Teilen der Privatwirtschaft setzt sich fort. Darauf ist eine zentrale Antwort der Gewerkschaften: Arbeitsumverteilung. Die Bedeutung dieser Forderung wird in der anstehenden Rezession noch wachsen. Die Erfahrung aus den 80er-Jahren hat gezeigt, dass die Verkürzung der Arbeitszeiten Stellen schaffen oder sichern kann. Sie ist von den Arbeitgebern allerdings vielfach auch zur Flexibilisierung und Arbeitsintensivierung genutzt worden. In den 90ern ging in einer Reihe von Betrieben die Reduzierung der Arbeitszeiten mit Lohnverlusten einher. Wir treten für eine Verkürzung in großen Schritten – zunächst für die 35-Stunden-Woche – sowie für vollen Lohn- und Personalausgleich ein.

Das wird nur in harten Konflikten durchsetzbar sein. Wir eröffnen daher schon jetzt eine Debatte in allen Gliederungen unserer Gewerkschaft. Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung muss zentrales Element in Programm und Praxis von ver.di sein. ■

Diesen Appell unterstützen unter anderem: **Carsten Becker**, Gesamtpersonalrat Charité, Berlin; **Daniel Behruzi**, Sprecherrat Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di; **Joachim Beyer**, ver.di-Bezirksfachbereichsvorsitzender 5, Bochum; **Thomas Böhm**, Personalratsvorsitzender Klinikum Stuttgart; **Helmut Born**, ver.di-Landesbezirkspräsidium, Düsseldorf; **Patrick von Brandt**, ver.di-Landesjugendsekretär Niedersachsen-Bremen; **Hayri Cakir**, DGB-Ortsvorstand, Krefeld; **Andreas Doelle**, Vors. ver.di-Bezirksfachbereich 3, Bielefeld; **Gregor Falkenhain**, ver.di-Landesfachbereichsleiter, Düsseldorf; **Albert Flock**, ver.di-Landesbezirksfachbereichsvorstand 5, Bonn; **Lothar Galow-Bergemann**, Personalrat, Stuttgart; **Jeannine Geissler**, ver.di-Jugendsekretärin Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen; **Thiess Gleiss**, Betriebsrat, Köln; **Wolfgang Groef**, ver.di-Gewerkschaftsrat, Bonn; **Gitti Gütz**, ver.di-Ortsvereinsvorstandsvorsitzende, Bonn; **Diana Hennig**, ver.di-Jugendbildungsreferentin Niedersachsen-Bremen; **Helga Herrmanns**, ver.di-Tarifkommission Einzelhandel, Düsseldorf; **Dieter Janßen**, Personalrat Klinikum Stuttgart; **Uwe Januszewski**, Vorsitzender Hauptpersonalrat Land Berlin; **Andreas Kaliski**, ver.di-Vetrauensleute-Sprecher Duisburg; **Bernt Kamin**, ver.di-Landesfachbereichsvorsitzender 11, Hamburg; **Thomas Keuer**, ver.di-Bezirksgeschäftsführer Duisburg; **Renate Koppe**, ver.di-Bezirksvorstand Bonn; **Wilhelm Koppelman**, Personalrats-Vorsitzender, ver.di-Bundestarifkommission, Osnabrück; **Franz-Albert Krämer**, Personalrats-Vorsitzender, Köln; **David Matrai**, ver.di-Jugendsekretär Bezirk Weser-Ems; **Gudrun Menzel**, ver.di-Bezirksvorstand, Recklinghausen; **Tobias Michel**, ver.di-Landesfachbereichspräsidium 3, Essen; **Willi Oberländer**, ver.di-Gewerkschaftssekretär Leverkusen; **Bernd Riexinger**, ver.di-Geschäftsführer Bezirk Stuttgart; **Franz-Josef Roewekamp**, ver.di-Landesfachbereichspräsidium 6, Münster; **Uschi Röhrig**, ver.di-Bundesarbeitsausschussvorsitzende, Köln; **Roland Salz**, Betriebsrat HA-VAG, Halle; **Dietmar Schütteler**, ver.di-Bezirksvorstand Aachen; **Jürgen Senge**, ver.di-Landesbezirksvorstand, Düsseldorf; **Hans Voss**, Vertrauensleute-Sprecher, Remscheid; **Claudia Wörmann-Adam**, ver.di-Gewerkschaftsrat Köln; **Wolfgang Zimmermann**, ver.di-Bezirksvorsitzender Düsseldorf.

Weitere UnterzeichnerInnen und online selbst unterschreiben ► www.arbeitszeitappell.de ◀ oder hier ausfüllen:

Ich unterschreibe diesen Appell und bitte um Veröffentlichung meines Names:

| Name | Ort | Funktion / Betrieb | Unterschrift |
|------|-----|--------------------|--------------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Beschäftigte erkämpfen mehr Geld – Unterfinanzierung der Krankenhäuser nicht beseitigt

130.000 Krankenhausbeschäftigte demonstrierten letzten September in Berlin. Ihr Ziel: „Der Deckel muss weg!“ Gemeint ist die seit 16 Jahren bestehende massive Unterfinanzierung der Krankenhäuser

die einzelnen Krankenhäuser müssen die zusätzlichen Stellen durch eigene Mittel mitfinanzieren. Die von uns erkämpfte Lohnerhöhung wird nur zu 50% ausgeglichen, soweit sie die Veränderung von

gerechnet werden müssen.

Personalabbau geht weiter

Die Verantwortlichen der ver.di-Kampagne „Der Deckel muss weg!“ bilanzieren: „Zum ersten Mal seit 1993 ist die Personalausstattung wieder Gegenstand eines Krankenhaus-Gesetzes. Die konkreten Maßnahmen sind aber bescheiden.“ Für die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), die mit ver.di federführend im „Aktionsbündnis Rettung der Krankenhäuser“ agierte, ist nach der Verabschiedung des neuen Krankenhausgesetzes das Bündnis mit den „lieben Mitarbeitern“ erledigt. Sie werden die Finanzierungslücke weiter auf die Beschäftigten abwälzen. In ihrer Stellungnahme vom 17.12.2008 erklärt die DKG: „Mit dem Hilfspaket der Koalition für die Tarifsteigerungen wird nur etwa die Hälfte des Personalkostenanstiegs refinanziert. Mit der anderen Hälfte, ca. 2 Milliarden Euro sowie mit dem Anstieg der Sachkosten werden die Krankenhäuser alleingelassen. Dies wird bei einem Personalkostenanteil von über 65 Prozent zu einem weiteren



durch den Budgetdeckel. 100.000 Stellen wurden in den letzten 10 Jahren abgebaut, davon 50.000 Pflegekräfte. Die veröffentlichten Mängel in der Patientenversorgung belegen: es herrscht Pflegenotstand.

Nur 1,41% Budgetsteigerung in 2009

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) rechnete vor, dass den Krankenhäusern 50 Mrd. Euro an Investitionen und ab 2009 für Betriebskosten 7 Mrd. fehlen. Die Beschäftigten erreichten mit ihren Protesten, dass geplante weitere Kürzungen gestoppt und stattdessen die Budgets 2009 um 1,78 Milliarden aufgestockt werden. Die Budgetsteigerungen bleiben damit in 2009 laut DKG auf 1,41% begrenzt (2008: 0,14), 220 Millionen Euro sollen zur Schaffung von zusätzlichen Pflegestellen ausreichen. Dass es überall zur Schaffung neuer Stellen kommt, ist fraglich. Denn

1,41% übersteigt. Für die Verbesserung der Personalsituation in der Psychiatrie werden 60 Millionen zusätzlich zur Verfügung gestellt, aber das Gesetz verlangt nicht die 100%ige Einhaltung der Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV), sondern nur die 90%ige. Zudem wird mit der geplanten Einführung von Fallpauschalen (vorerst in abgeschwächter Form von Tagespauschalen) der Konkurrenzkampf um die billigsten Kosten für die Psychiatrien massiv verschärft, erst recht wenn die Tagespauschalen auf der Grundlage von 90% Psych-PV berechnet werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser fordert, dass zusätzlich zu 100% Psych-PV die steigenden Belastungen und zusätzlichen Aufgaben in den Psychiatrien seit Einführung der Psych-PV 1991 bei der Personalbemessung hinzu-

ANTISERUM

Krankenhauszeitung zur Vernetzung von Widerstand gegen Privatisierung, Stellenabbau, Lohnklau und Konkurrenzkampf - Nr. 3, September 2009

100.000 Stellen müssen her Personalbemessung erkämpfen

Demonstrieren – streiken

Das ist die einzige Möglichkeit, die die Krankenhäuser zu den notwendigen Investitionen zu zwingen. Die Krankenhäuser müssen die Kosten für die Beschäftigten übernehmen. Die Krankenhäuser müssen die Kosten für die Beschäftigten übernehmen. Die Krankenhäuser müssen die Kosten für die Beschäftigten übernehmen.

Aus dem Inhalt

- 1. Die Situation in den Krankenhäusern
- 2. Die Situation in den Krankenhäusern
- 3. Die Situation in den Krankenhäusern
- 4. Die Situation in den Krankenhäusern
- 5. Die Situation in den Krankenhäusern
- 6. Die Situation in den Krankenhäusern
- 7. Die Situation in den Krankenhäusern
- 8. Die Situation in den Krankenhäusern
- 9. Die Situation in den Krankenhäusern
- 10. Die Situation in den Krankenhäusern

www.netzwerk-verdi.de/antiserum

Krankenhauszeitung zur Vernetzung von Widerstand gegen Privatisierung, Stellenabbau, Lohnklau und Konkurrenzkampf

www.netzwerk-verdi.de/antiserum

deutlichen Arbeitsplatzabbau führen. Die längst aus finanzieller Not nach 15 Jahren Deckelung stattfindende schlechende Rationierung wird sich ebenso wie der Weg in die Zweiklassenmedizin nochmals beschleunigen.“ Dies ist eine Kampfansage der Arbeitgeber an die Beschäftigten.

Kampfkraft verspielt

Die katastrophalen Zustände ließen viele auf die Straße gehen. Tausende demonstrierten zum ersten Mal in ihrem Leben. Im November mussten sich in Stuttgart auf einer öffentlichen Personalversammlung anwesende Politiker und Manager von einer Krankenschwester aus einem kirchlichen Krankenhaus anhören: „Wir sitzen im selben Boot. Nur sitzen Sie auf dem Promenaden-Deck. Wir sitzen vier Decks drunter und schaufeln Kohlen – die gehen aus. Wir verheizen uns selbst. Sie liegen im Ein-Bett-Zimmer, der Bürger im 4-Bett-Zimmer.“

Ver.di setzte trotz dieses Interessensgegensatzes zwischen Krankenhausbeschäftigten und -arbeitgebern mehr auf das gemeinsame Aktionsbündnis mit dem Arbeitgebern als auf die Mobilisierung zur Durchsetzung konkreter Forderungen (bessere Bezahlung – Ver-

handlungen zur Entgeltordnung im TVöD, mehr Stellen – Personalbemessung). Dies schürte Illusionen in die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und behinderte die Mobilisierung, weil viele Beschäftigte zurecht aus Erfahrung den Arbeitgebern misstrauen.

Daran hätte ver.di anknüpfen und die Diskussion anstoßen sollen, wie Beschäftigte mit Demonstrationen und Streiks ihre Interessen und die der Patienten durchsetzen können.

Die Betriebsratsvorsitzende der städtischen Kliniken Köln brachte es bei der Kundgebung im letzten Mai gegen den Pflegenotstand auf den Punkt: „Lasst uns kämpfen wie die Lokomotivführer!“ Das wäre am besten geeignet, um Beschäftigte im Gesundheitswesen und anderen Branchen gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen und eine gute Patientenversorgung zu mobilisieren.

Druck und Initiative von unten fortsetzen

Wenn es nach den ver.di-Oberen gegangen wäre, hätte es keine Kampagne gegen den Budgetdeckel gegeben. Offizielle ver.di-Position im Einklang mit Ulla Schmitt wäre immer noch, dass es genug Geld für die Krankenhäuser gäbe, sie müss-

ten nur richtig wirtschaften. Die „Deckel weg!“-Kampagne war das Ergebnis des Drucks von unten in ver.di. Doch die entstandene Kampfbereitschaft wurde nicht zu einer von den Arbeitgebern unabhängigen Kampagne für mehr Personal weiterentwickelt. In einer Pressemitteilung des Aktionsbündnisses vom 18.12.2008 vertröstet die ver.di-Führung gemeinsam mit den Arbeitgebern die Beschäftigten auf die Bundestagswahl: „Die Krankenhäuser und ihre Beschäftigten erwarten, dass der 2009 neu zu wählende Deutsche Bundestag und die Bundesländer die Krankenhausfinanzierung endlich auf gesunde Beine stellen.“ Bis dahin werden weiter Stellen gestrichen, Stationen geschlossen, Bereiche ausgegründet oder privatisiert und manche Krankenhäuser ganz geschlossen werden, es sei denn wir führen den Kampf um eine Personalbemessung und für mehr Geld für Krankenhäuser konsequent weiter und schrecken auch vor Streik nicht zurück. Um dies innergewerkschaftlich durchzusetzen, müssen wir entsprechend Druck aufbauen und Initiativen von unten ergreifen.

Dieter Janßen, ver.di-Vertrauensmann und Personalrat im Klinikum Stuttgart

Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Zeit für einen Systemwechsel - für eine solidarische Gesellschaft

Auf zu den bundesweiten Demos am Samstag, den 28.März 2009 nach Frankfurt und Berlin

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di gehört zu Mitinitiatoren der Demos. Dort wo ver.di und/oder andere Gewerkschaften nicht für die Demos mobilisieren sollte vor Ort die Initiative ergriffen werden lokale Bündnisse zur Demo-Mobilisierung aufzubauen.



Weitere Infos und den Aufruf des Demo-Bündnisses gibt es unter www.netzwerk-verdi.de auf der Netzwerk-homepage

Für eine offensive Tarifrunde im ÖPNV

Spaltung und Verschlechterungen durch TV-N müssen rückgängig gemacht werden

Zu einem Erfahrungsaustausch über den Tarifvertrag Nahverkehr (TV-N) trafen sich am 8.11.08 in Berlin NetzwerkunterstützerInnen aus Nahverkehrsbetrieben. Die bisherigen Erfahrungen aus mehreren Bundesländern waren durchweg schlecht.

Die KollegInnen aus Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt berichteten über Lohneinbußen, Kürzungen bei Zuschlägen, Streichung von freien Ta-

gen und des betrieblichen Kindergeldes, sowie über die Abschaffung der betrieblichen Altersvorsorge.

Außerdem sei durch die Einführung des TV-N eine Zweiklassengesellschaft in den Betrieben entstanden, welche die neueingestellten KollegInnen schlechter stelle. Hierdurch ist es zu einer erheblichen Verschlechterung des Betriebsklimas gekommen.

Aber auch bei Fahr- und Ruhe-

zeiten hat es erhebliche Verschlechterungen für die KollegInnen gegeben. Die Fahr- und Ruhezeiten werden ständig gekürzt und die Lenkzeiten gleichzeitig erhöht. Dies ist zum einem ein Angriff auf die Gesundheit der Beschäftigten, aber auch ein Eingriff in die Sicherheit der Fahrgäste.

In einigen Bundesländern wie z. B. Bayern, NRW und Niedersachsen läuft der TV-N 2009 aus.

Die NetzwerkunterstützerInnen im ÖPNV machen sich in ver.di für folgende Tarifforderungen stark:

- Verhinderung jeder weiteren Verschlechterungen von Standards
- Die Wochenarbeitszeit soll bei vollem Lohn- und Personalausgleich deutlich verkürzt werden.
- Deutliche Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Vorruhestand und Altersteilzeit (ohne Abzüge)
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei einer Anpassung nach oben.
- Angleichung der Löhne Ost an West.
- Verhinderung von Leistungslöhnen
- Deutlicher finanzieller Ausgleich für ungesunde Arbeit (Nacht-, Wochenend- und Mehrarbeit/Überstunden). Nachtzuschläge wieder ab 20.00 Uhr.
- Festschreibung der Einführung von Mischarbeitsplätzen zur Gesundheitsförderung.
- Weiterbeschäftigungsanspruch von dienstuntauglichen KollegInnen bei voller Besitzstandssicherung
- Bezahlter Weiterbildungsanspruch.
- Zukünftige Lohnerhöhungen mit deutlicher Erhöhung des Sockelbetrags.
- Sicherstellung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall über den gesetzlichen Anspruch hinaus
- Einheitliche Inhalte und Laufzeiten aller Nahverkehrstarifverträge.

Einen Offenen Brief an die Bundesverhandlungskommission (BVK) und die Bundestarifkoordinierungskommission (BTTK) Nahverkehr sowie ein aktuelles Flugblatt zur Abschaffung des BAT und Einführung des TV-N in Sachsen-Anhalt findet Ihr auf unserer homepage www.netzwerk-verdi.de unter der Rubrik **Verkehrsbetriebe**.

Nehmt Kontakt mit uns auf.

Lasst Euch in den Netzwerkverteiler aufnehmen.

Schickt uns Berichte, Artikel, Leserbriefe für die nächste Zeitung.



V.i.S.d.P.: Angelika Teweleit, Emser Str. 78, 12051 Berlin

www.netzwerk-verdi.de

info@netzwerk-verdi.de